

Auszug aus dem Beschlussprotokoll 172. Ratssitzung vom 8. November 2017

3445. 2017/164

Weisung vom 07.06.2017:

Hochbaudepartement, Verordnung über die Gebühren in Baubewilligungsverfahren und für Reklambewilligungen, Neuerlass

Antrag des Stadtrats

Es wird eine Verordnung über die Gebühren in Baubewilligungsverfahren und für Reklambewilligungen gemäss Beilage (Entwurf vom 31. Mai 2017) erlassen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Christoph Luchsinger (FDP)

Änderungsantrag 1 zum Antrag des Stadtrats
Art. 12 Gebührenrahmen, Abs. 1

¹ Die SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 12 Abs. 1:

Die Gebühr beträgt pro Reklamegesuch mindestens Fr. ~~150.–~~124.– und höchstens Fr. ~~3500.–~~3080.–.

Zustimmung: Reto Vogelbacher (CVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) i. V. von Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP)

Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag 2 zum Antrag des Stadtrats
Art. 14 Anpassung an die Teuerung

Die SK HBD/SE beantragt folgende Änderung von Art. 14:

Der Stadtrat passt die Gebühren alle fünf Jahre der allgemeinen Preisentwicklung oder der Entwicklung des Zürcher Index der Wohnbaupreise an dem Landesindex der Konsumentenpreise an, soweit die Berechnungsbasis die Preisentwicklung nicht bereits beinhaltet.

Zustimmung: Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Patrick Hadi Huber (SP), Patrick Albrecht (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Christoph Marty (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) i. V. von Sven Sobernheim (GLP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Abwesend: Ursula Näf (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die Verordnung über die Gebühren in Baubewilligungsverfahren und für Reklamebewilligungen ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Verordnung über die Gebühren in Baubewilligungsverfahren und für Reklamebewilligungen

Der Gemeinderat,

gestützt auf Art. 126 Kantonsverfassung (KV)¹, § 13 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG)², Art. 41 lit. I GO³ und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 7. Juni 2017⁴,

beschliesst:

A.	Allgemeines
Zweck	Art. 1 Diese Verordnung regelt die Grundzüge der Gebührenerhebung in Baubewilligungsverfahren und für Reklamebewilligungen.
Gegenstand	Art. 2 ¹ Gebühren werden für alle Verwaltungshandlungen erhoben, die im Zusam-

¹ vom 27. Februar 2005, LS 101.

² vom 24. Mai 1959, LS 175.2.

³ vom 26. April 1970, AS 101.100.

⁴ Begründung siehe STRB Nr. 432 vom 7. Juni 2017

	<p>menhang stehen mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. der Prüfung von Bau- und Reklamegesuchen; b. speziellen Projektprüfungen; c. der entsprechenden Kontrolltätigkeit. <p>² Gebühren werden ausserdem für besondere behördliche Aufwendungen im und ausserhalb des Bau- und Reklamebewilligungsverfahrens erhoben.</p>
Abgabepflichtige	<p>Art. 3 Gebühren schuldet, wer:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. ein Bau- oder Reklamegesuch stellt; b. diesbezügliche Kontrollen und Massnahmen auslöst; c. als Eigentümerin oder Eigentümer eines Grundstücks, eines Bauwerks oder einer Reklameeinrichtung einen Zustand schafft oder duldet, der ein behördliches Eingreifen erfordert; d. eine andere Amtshandlung veranlasst oder verursacht.
Grundsätze	<p>Art. 4 ¹ Die Höhe der Gebühr muss im Einzelfall in einem vernünftigen Verhältnis zum Wert stehen, den die staatliche Leistung für die gebührenpflichtige Person hat.</p> <p>² Die Gesamterträge aus den Gebühren dürfen den Gesamtaufwand für den betreffenden Verwaltungszweig nicht oder nur geringfügig übersteigen.</p> <p>³ Schematisch festgesetzte und pauschalisierte Gebühren sind zulässig.</p>
Schreib- und Zustellgebühren	<p>Art. 5 Schreib- und Zustellgebühren werden zusätzlich erhoben.</p>
B.	Baubewilligungen
Gebührenarten	<p>Art. 6 ¹ In Baubewilligungsverfahren werden nach dieser Verordnung folgende Arten von Gebühren erhoben:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Baubewilligungsgebühren für die Bearbeitung von Baugesuchen bis zum Bauentscheid; b. Bauabnahmegebühren für Rohbau- und Schlussabnahmen; c. Spezial- und Kontrollgebühren für spezielle Projektprüfungen, Baukontrolltätigkeiten und andere Amtshandlungen; d. Feuerpolizeigebühren für Beratungen, Beurteilungen, Prüfungen, Kontrollen und Abnahmen der Feuerpolizei.
Bemessungsgrundlagen	<p>Art. 7 ¹ Bei Neu-, An- und Aufbauten werden die Gebühren nach dem Bauvolumen des Gebäudes oder des Gebäudeteils festgesetzt.</p> <p>² Bei Umbauten werden die Gebühren nach den voraussichtlichen Baukosten festgesetzt.</p> <p>³ Für Zweckänderungen und andere Bauvorhaben werden die Gebühren festgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. nach den voraussichtlichen Baukosten; b. nach dem effektiven Verwaltungsaufwand, wenn keine Baukosten anfallen; c. mit einer Pauschale für standardisierte Projektprüfungen.
Gebührenrahmen a. Bewilligungen	<p>Art. 8 ¹ Die Gebühr nach Bauvolumen beträgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. zwischen Fr. 100.– und Fr. 20 000.– für Volumen bis 20 000 m³; b. maximal Fr. 1.– für jeden zusätzlichen Kubikmeter. <p>² Umfasst ein Baugesuch mehrere Gebäude, kann die Gebühr für jedes einzelne Gebäude gesondert bestimmt werden.</p>

	<p>³ Die Gebührensätze werden angepasst, wenn die Baukosten im Vergleich zum Rauminhalt sehr tief oder sehr hoch ausfallen.</p> <p>⁴ Werden die Gebühren auf der Grundlage der voraussichtlichen Baukosten festgesetzt, beträgt die Gebühr:</p> <p>a. für Baukosten bis 14 Millionen Franken zwischen Fr. 100.– und Fr. 20 000.–;</p> <p>b. für je weitere Fr. 700.– Baukosten beträgt die Gebühr maximal Fr. 1.–.</p>
b. Abnahmen	Art. 9 Für die Rohbauabnahme und die Schlussabnahme darf zusätzlich eine Gebühr von je maximal der Hälfte der Baubewilligungsgebühr erhoben werden.
c. Feuerpolizei	<p>Art. 10 ¹ Die Feuerpolizeigebühren werden wie folgt erhoben:</p> <p>a. zusätzlich zu den Baubewilligungsgebühren;</p> <p>b. in gleicher Höhe wie die im Einzelfall festgesetzten Baubewilligungsgebühren.</p> <p>² Für die feuerpolizeilichen Bauabnahmen werden keine zusätzlichen Gebühren erhoben.</p>
C.	Reklamebewilligungen
Bemessungsgrundlage	Art. 11 Die Gebühren für die Bearbeitung von Reklamegesuchen werden nach der Fläche (pro Quadratmeter) der Reklameanlage festgesetzt.
Gebührenrahmen	<p>Art. 12 ¹ Die Gebühr beträgt pro Reklamegesuch mindestens Fr. 124.– und höchstens Fr. 3080.–.</p> <p>² In begründeten Fällen kann die Vorsteherin oder der Vorsteher des Hochbaudepartements von den Gebühren abweichen. Der Maximalansatz nach Absatz 1 darf nicht überschritten werden.</p>
D.	Schlussbestimmungen
Delegation	Art. 13 Der Stadtrat erlässt im Rahmen dieser Verordnung die näheren Bestimmungen und die Gebührenansätze.
Anpassung an die Teuerung	Art. 14 Der Stadtrat passt die Gebühren alle fünf Jahre dem Landesindex der Konsumentenpreise an, soweit die Berechnungsbasis die Preisentwicklung nicht bereits beinhaltet.
Inkrafttreten	Art. 15 Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat